

Inhaltsverzeichnis

Tabellenverzeichnis	12
Abkürzungsverzeichnis	13
1. Einleitung	15
1.1. Forschungsdesign	19
1.2. Ergebnisse und Aufbau des vorliegenden Buches	23
2. Theoriedebatten und Forschungsstand: Die Wirkung internationaler Normen	27
2.1. Rationalismus versus Konstruktivismus	27
2.2. Internationale Normen sind keine Epiphänomene	30
2.3. Bedingungen für eine erfolgreiche Normumsetzung	31
2.4. Modelle zur Wirkung internationaler Normen	36
2.5. Forschungsdesign	41
3. Frauenrechte sind Menschenrechte – <i>Gender Mainstreaming</i> und die internationale Norm zur geschlechtssensiblen Auslegung der Genfer Flüchtlingskonvention	50
3.1. <i>Gender bias</i> in der Auslegung der Genfer Flüchtlingskonvention	52
3.2. Frauenrechte sind Menschenrechte – die Neukonzeptualisierung der Menschenrechtsidee auf der Wiener Weltmenschenrechtskonferenz	54
3.3. Gender Mainstreaming und die Genfer Flüchtlingskonvention	55
3.4. Verhaltenserwartungen an Großbritannien und Deutschland	59
3.5. Die internationale Norm und national vorherrschende Normen	61

4. Historische Pfadabhängigkeit und Chancen für die Normumsetzung	63
4.1. Historischer Hintergrund der britischen Immigrations- und Asylpolitik	64
4.1.1. Asylgewährung nach der GFK und das Ende der Immigration nach Großbritannien, 1945 bis 1979	66
4.1.2. Asylpolitik von 1980 bis 1993: Restriktionen und Konflikte	68
4.2. Historischer Hintergrund der deutschen Asyl- und Ausländerpolitik	71
4.2.1. Asyl- und Ausländerpolitik nach 1945: Das Grundgesetz und die GFK	73
4.2.2. Die 1970er und 1980er Jahre: Zunehmende Restriktionen in der Asylpolitik	75
4.2.3. Asylpolitik von 1990 bis 1993: Wiedereinführung der GFK als rechtliche Grundlage für das Asylverfahren und Änderung des Grundgesetzes	78
4.3. Vergleichbarkeit der beiden Fallstudienländer	80
4.3.1. Entwicklung der Asylbewerberzahlen im Untersuchungszeitraum, 1993 bis 2004	83
4.3.2. Vergemeinschaftung der Asylpolitik innerhalb der EG/EU	85
4.3.3. Fazit: Ähnliche historische Pfadabhängigkeit und Chancen für die Normumsetzung	87
5. Die internationale Norm zur geschlechtssensiblen Auslegung der GFK in Großbritannien und Deutschland	89
5.1. Richtlinien für die geschlechtssensible Auslegung der GFK	90
5.1.1. Großbritannien	90
5.1.2. Deutschland	97
5.2. Anerkennung nichtstaatlicher Verfolgung (auch von privaten Dritten, wie z.B. Ehemännern), wenn der Staat nicht effektiv vor ihr schützt	97
5.2.1. Großbritannien	98
5.2.2. Deutschland	104
5.3. Geschlechtssensible Interpretation des Konventionsgrunds „Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe“	110
5.3.1. Großbritannien	110
5.3.2. Deutschland	114
5.4. Nach Geschlecht differenzierte Statistiken über die Zahl der Asylbewerbungen und den Ausgang der Entscheidungen	116
5.4.1. Großbritannien	116
5.4.2. Deutschland	117
5.5. Fazit	118

6. Akteure und Aktivitäten: Prozessanalyse der Normumsetzung	123
6.1. Die Umsetzung der internationalen Norm zur geschlechtssensiblen Auslegung der GFK in Großbritannien	124
6.1.1. Frühe Bemühungen zur geschlechtssensiblen Auslegung der GFK	125
6.1.2. Kampagne zur Einführung von <i>Gender Guidelines</i>	127
6.1.3. Auf dem Weg zu offiziellen <i>Gender Guidelines</i> : Die Rolle von <i>Shah and Islam</i>	130
6.1.4. Erste Erfolge der RWLG: <i>Asylum Gender Guidelines</i> der Berufungsbehörde und nach Geschlecht differenzierte Statistiken des Innenministeriums	133
6.1.5. <i>Gender Guidelines</i> des Innenministeriums	134
6.1.6. Zusammenfassung	136
6.2. Die Umsetzung der internationalen Norm zur geschlechtssensiblen Auslegung der GFK in Deutschland	137
6.2.1. Frühe Bemühungen zur geschlechtssensiblen Auslegung der GFK	138
6.2.2. Kampagne zur geschlechtssensiblen Auslegung der GFK: „Verfolgte Frauen schützen!“	141
6.2.3. Politische Entscheidungsträger und die Kampagne „Verfolgte Frauen schützen!“	142
6.2.4. Regierungswchsel 1998: Normadvokaten an der Macht?	146
6.2.5. Die öffentliche Anhörung „Nichtstaatliche Verfolgung“ im November 1999	151
6.2.6. Die Wende in der innenpolitischen Diskussion über die Asyl- und Ausländerpolitik: die <i>Greencard</i> -Initiative des Bundeskanzlers	155
6.2.7. Änderung der Verwaltungsvorschriften und weitere Diskussion über den Umgang mit geschlechtsspezifisch Verfolgten	158
6.2.8. Die Empfehlungen der Zuwanderungskommissionen	160
6.2.9. Der Referentenentwurf des Bundesministeriums des Innern und die Anschläge vom 11. September 2001	161
6.2.10. Das Gesetzgebungsverfahren: Die erste Lesung im Bundestag und Bundesrat und die öffentliche Anhörung des Innenausschusses	164
6.2.11. Die zweite und dritte Lesung des Gesetzes im Bundestag und Bundesrat	167
6.2.12. Das Zuwanderungsgesetz: Versuch II	168

6.2.13. Das Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern	172
6.2.14. Mehrebenenspiel: Die Verhandlungen zur EU-Qualifikationsrichtlinie	174
6.2.15. Die EU-Qualifikationsrichtlinie und das Zuwanderungsgesetz	179
6.2.16. Zusammenfassung	182
6.3. Die Normumsetzung in Großbritannien und Deutschland: die Rolle der Judikative einerseits und der Legislative andererseits	183
 7. <i>Domestic structure</i> und Normumsetzung: Das Rechtssystem	185
7.1. Die Umsetzung der internationalen Norm und die <i>domestic structure</i> Großbritanniens und Deutschlands	187
7.2. Die britische <i>domestic structure</i> : die Durchlässigkeit des englischen Rechtssystems für internationale Rechtsfortbildungen als Faktor für den Normerfolg	193
7.2.1. Wie das englische <i>Common Law</i> -System die Normumsetzung vorantrieb	195
7.2.2. Der Zugang von Normadvokaten zum juristischen Establishment	197
7.2.3. Der Zugang von Normadvokaten zur Judikative	200
7.2.4. Zusammenfassung	203
7.3. Die deutsche <i>domestic structure</i> : die Undurchlässigkeit des deutschen Rechtssystems für internationale Rechtsfortbildungen als Faktor für den schwierigen Prozess der Normumsetzung	204
7.3.1. Wie das deutsche Kodifikationssystem die Normumsetzung behinderte	208
7.3.2. Der Zugang von Normadvokaten zum juristischen Establishment	214
7.3.3. Der Zugang von Normadvokaten zur Judikative	219
7.3.4. Der Zugang von Normadvokaten zur Exekutive: das Innenministerium und zivilgesellschaftliche und parlamentarische Normadvokaten	220
7.3.5. Die Überzeugungskraft der parlamentarischen Normadvokaten: Warum sich die CDU/CSU 2004 zur Zustimmung zum Zuwanderungsgesetz bewegen ließ	223
7.3.6. Zusammenfassung	225
7.4. Englisches Common Law-System versus deutsches Kodifikationssystem	226

7.5. Die Rolle des Rechtssystems – Bringing Law Back In	228
8. Anknüpfungspunkte für die weitere Forschung	232
8.1. Beitrag zur Theoriebildung: Die Rolle des Rechtssystems bei der Normumsetzung in Demokratien	233
8.2. Großbritannien: Die Rücknahme der Asylum Gender Guidelines der Berufungsbehörde und die Auslegung des Konventionsgrunds „Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe“	238
8.3. Deutschland: Anfechtung der Maßnahmen, die durch das Zuwanderungsgesetz umgesetzt werden sollten	243
8.4. Normafechtung und die Modelle zur Wirkung von internationalen Normen	248
8.5. Fallrechtssystem versus Kodifikationssystem? Keine zwingenden normativen Implikationen	250
Literaturverzeichnis	252